

Gelegenheit zur Sammlung. Auch hier kann uns Goethe ein Lehrer sein. In den Jahren, in denen die Zuwendungen des Großherzogs und die Einkünfte aus seinen Werken ihm eine behagliche Lebensführung gestatteten, barg sein Haus eine Anzahl von Sammlungen, Mineralien, Kupferstichen, Denkmünzen und Medaillen, Handschriften und vieles andre, das er von seinen Reisen heimgebracht hatte. Wollte er nun sich und seinen Gästen eine gute Stunde bereiten, so holte er eine Sammlung hervor, und an den merkwürdigen Objekten fand das Gespräch einen festen Halt. Würde nicht unsre heutige Geselligkeit durch solche Sammlungen erheblich gewinnen? Freilich müßten die Menschen wieder lernen, nicht bloß »zu sammeln«, sondern auch sich zu sammeln.
(J. B. in der Breslauer Btg.)

Privatbeamten-Versicherung. (Vgl. Nr. 79 d. Bl.) — Über die von den verblüdeten Regierungen dem Reichstag zugegangene Denkschrift über die wirtschaftliche Lage der Privatangestellten (vgl. Nr. 79 d. Bl.) äußert sich in der Allgemeinen Zeitung (München) vom 6. April eine Autorität auf dem Gebiet des Versicherungswesens, der Reichstagsabgeordnete Dr. Heinz Potthoff, in wenig günstigem Sinne und bestätigt im Eingang die Andeutung des Grafen Posadowsky, daß ihre Ergebnisse nur mit großer Vorsicht aufzunehmen seien. Wir entnehmen seinen Ausführungen das Folgende:

Die Statistik beruht auf einer Enquete, die von den Organisationen der Angestellten selbst im Oktober 1903 veranstaltet worden ist und die rund 150000 brauchbare Fragebogen ergeben hat. Die auf Grund dieser Bogen aufgestellten Tabellen über Altersgliederung, Einkommen, Familienverhältnisse, Stellenlosigkeit, Versicherungen sind zweifellos recht interessant — aber sie stimmen mit der Wirklichkeit nicht überein. Knapp 10 Prozent der Angestellten haben sich beteiligt; aber diese verteilen sich sehr verschieden auf die Landesteile (Mitteldeutschland ist z. B. dreimal so stark vertreten wie Elsaß-Lothringen und Hamburg), die Berufe (am meisten beteiligt sind Werkmeister und Techniker, am wenigsten Verkäufer und landwirtschaftliche Beamte), die Geschlechter (Frauen sind fast gar nicht vertreten), die Familienverhältnisse (die Verheirateten sind sehr stark beteiligt) und die Einkommensstufen (das errechnete Durchschnittseinkommen von 2100 M jährlich ist um mindestens ein Fünftel zu hoch). Es zeigt sich, was von vornherein zu vermuten war: daß die Enquete kein Bild der Privatbeamtenchaft, sondern ein Bild der organisierten Privatbeamtenchaft gibt, das in mancher Richtung günstiger, in anderer ungünstiger als die Wirklichkeit ist.

Das bleibt natürlich nicht ohne Einfluß auf die mathematischen Berechnungen, die auch an sich recht ungünstig gerechnet sind. Die von der Denkschrift selbst festgestellte Tatsache, daß in Wirklichkeit die Zahl der Verheirateten und damit die Last der Familienfürsorge um 10 Prozent niedriger ist als nach der Statistik von 1903, ist nicht berücksichtigt worden. Als Zinsfuß sind 3 Prozent angenommen, während fast alle Versicherungs-Gesellschaften und Versicherungs-Vereine mit 3½ Prozent rechnen. Für Verwaltungskosten und Sicherheit sind 20 Prozent zugeschlagen, außerdem nochmals volle 20 Prozent für die Kosten des Heilverfahrens. Dieser Zuschlag scheint mir ganz unberechtigt zu sein; denn einerseits betragen die Ausgaben der Landes-Versicherungs-Anstalten bei wesentlich geringern Renten nur 8 Prozent der Leistungen, andererseits soll das Heilverfahren doch überhaupt nicht die Ausgaben der Kassen vermehren, sondern vermindern. Es ist von den Landes-Versicherungs-Anstalten doch hauptsächlich eingeführt worden wegen der Hoffnung, daß die frühzeitige Ausgabe zur Heilung eine wesentlich größere Ausgabe später bei der Rentenzahlung erspart. Schließlich ist auch der Reichszuschuß von 50 M jährlich zu jeder Rente, der heute allen Angestellten bis zu 3000 M Einkommen zur Verfügung steht, gar nicht berücksichtigt, obgleich es doch wohl selbstverständlich ist, daß er nicht künftig entzogen werden kann.

Berücksichtigt man alles das, so ergibt sich, daß die Erfüllung der Wünsche der Angestellten, nämlich eine Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung nach dem Muster der Staatsbeamten, auch wesentlich billiger geschaffen werden könnte als zu den vom Reichsamt des Innern errechneten Prämienätzen: 14¼ Prozent des Einkommens bei Annahme eines Durchschnittsgehaltes, 19 Prozent bei Berücksichtigung der Gehaltssteigerungen,

die mit 2 bis 3 Prozent jährlich in Ansatz gebracht sind. Aber auch mit Abzug einiger Prozente und mit Übernahme der halben Prämien durch die Arbeitgeber dürfte diese Versicherung für eine staatliche Zwangsversicherung zu hoch werden. Man darf aber auch nicht vergessen, daß die Versorgung nach dem Muster der Staatsbeamten (Pension bis 75% des Gehalts!) das Ideal war, das durchaus nicht erreicht zu werden braucht. Ich habe schon im Reichstag auf das österreichische Gesetz hingewiesen, das bei einer Prämie von nur 7 Prozent des Einkommens eine Pension bis zu 50 Prozent gewähren kann. Auch eine Fürsorge in diesem Umfang würde einen wichtigen Fortschritt bedeuten, wenn auch im übrigen das österreichische Gesetz nicht als Muster empfohlen werden soll. Auffallenderweise hat Graf Posadowsky keine Berechnung gegeben für eine Übertragung österreichischer Grundsätze auf das Reich, auch nicht für irgend eine Versicherung, die hinter der Versorgung der Staatsbeamten zurückbleibt. Das ist ein sicheres Zeichen dafür, daß ihm der Weg der besonderen Versicherungseinrichtung für die Angestellten überhaupt nicht sympathisch ist, sondern er diese auf eine Erweiterung des bestehenden Invalidenversicherungs-Gesetzes hinweisen will. Diese bietet zweifellos ganz erhebliche Vorzüge sowohl in technischer Hinsicht (weil die meisten Angestellten heute in der Arbeiterversicherung sind und auch künftig ein häufiger Wechsel stattfinden wird), wie auch in finanzieller Hinsicht (die Invaliden-Versicherung leistet bei 1150 M Einkommen eine Pension zu 30 Prozent gegen eine Prämie von 1½ Prozent und die in Aussicht stehende Witwen- und Waisenfürsorge wird doch auch wohl aus allgemeinen Reichsmitteln gegeben werden!). Aber dem stehen auch schwere Nachteile gegenüber, von denen der gewichtigste ist, daß das Invalidengesetz nicht den Begriff der »Berufsinvalidität« kennt, der für die Angestellten ganz unentbehrlich ist. Oder soll etwa der Bankbeamte so lange auf seine Rente warten, als er noch zum Dienstmann tauglich ist? —

Zum Schluß betont Dr. Potthoff, daß die Lösung des Problems nicht heiße: Staatshilfe oder Selbsthilfe, sondern Staatshilfe und Selbsthilfe, daß also neben der staatlichen auch die private Versicherung in weitem Maße als Ergänzung einzutreten habe. (Die Denkschrift gibt an, daß 28% der Angestellten eine Lebensversicherung abgeschlossen hatten.) (Red.)

Fortbildungsgelegenheit für Buchhändler in Berlin. —

In der Handelshochschule zu Berlin liest im Sommersemester 1907 (Beginn 29. April) je am Mittwoch von 8—9 Uhr und von 9—10 Uhr abends Herr Buhmann 1. über Geschichte und Organisation des deutschen Zeitungswesens, 2. über Verlagstechnik. Hörer werden zugelassen. Gebühr für das Semester für jede Vorlesung 10 M. Der »Kreiß«, Verein jüngerer Buchhändler in Berlin, ist durch eine Beihilfe der Korporation der Berliner Buchhändler in der Lage, einer Anzahl Berliner Buchhandlungsgehilfen, die diese Vorlesungen besuchen wollen, die Hörergebühr zu ersetzen. (Vgl. die Anzeige auf Seite 3796 d. Bl.) (Red.)

Kunstaussstellung. — In der Kunsthalle P. S. Beyer & Sohn in Leipzig sind neu ausgestellt: eine Kollektion Gemälde und Original-Holzschritte der deutsch-böhmischen Künstler W. Klemm und Carl Thiemann (Libos), die sich besonders durch ihre Original-Holzschritte in kurzer Zeit einen Namen gemacht haben, ferner Ölgemälde von M. Oppenheimer (Prag), graphische Arbeiten von Grimm (Sachsenberg), Sey-Heinze (Leipzig), S. Vogeler (Worpswede), neue Publikationen der Gesellschaft für vervielfältigende Kunst in Wien, sowie Bronzen, Medaillen und Plaketten verschiedener Künstler. (Red.)

Aus dem Antiquariat. — Ein großer Teil der Bibliothek des verstorbenen österreichischen Ministers für Kultus und Unterricht Dr. W. Ritter von Hartel (hervorragende Werke zur Archäologie, Geschichte, Kunst und Kunstgewerbe) ist in den Besitz der Firma Eduard Beyer, Buchhandlung und Antiquariat in Wien I, Schottengasse 7, übergegangen. — Dieselbe Firma erwarb auch die umfangreiche naturwissenschaftliche Bibliothek des Wiener Gelehrten W. Klotz, die fast alles in den letzten fünf Jahren auf den Gebieten der Mathematik, Physik, Chemie etc. Erschienene enthält. (Red.)